**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses
vom 04.12.2017**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:51 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Zuhörer: 2

Presse: 1

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Vors. Bargfrede begrüßt alle Teilnehmer/innen, den Pressevertreter und die anwesenden Zuhörerinnen und eröffnet um 15.00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er stellt fest, dass frist- und formgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

RH Dr. Rinck möchte wissen, in welcher Reihenfolge über die vorliegende geänderte und erweiterte Tagesordnung abgestimmt wird. Er schlägt vor, zunächst über die Änderungsanträge zu sprechen, bevor über die gesamte Haushaltssatzung abgestimmt wird.

BGM Weber antwortet, dass zunächst die Punkte 7.1. – 7.4. besprochen werden, bevor die Abstimmung über TOP 7 erfolgt.

RH Dr. Rinck erkundigt sich nach einem Antrag des Borcheler Ortsvorstehers Ehlbeck.

BGM Weber antwortet, der Antrag liege vor, sei aber verspätet eingegangen. Man wolle im Rahmen des TOP 7 über den Antrag sprechen. Er moniert, dass der Antrag bisher im Rahmen der HH-Planung 2018 noch kein Thema war. Er würde sich freuen, über geplante Anträge vorab informiert zu werden.

RH Dr. Rinck bemerkt, der Zeitplan sei in diesem Jahr insgesamt sehr gedrängt, und es handele sich nicht um einen neuen Antrag, sondern um einen Antrag zum Haushalt.

Vors. Bargfrede merkt den Borcheler Antrag für die spätere Besprechung unter TOP 7 vor.

Der Tagesordnung wird mit 3 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.10.2017 VorlNr.

Die Niederschrift vom 16.10.2017 wird mit 4 Enthaltungen genehmigt.

**TOP 4 Änderung der Straßenreinigungssatzung und –verordnung
sowie Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung**

VorlNr.
0260/2016-2021

Stellv. AL Knabe erläutert die Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung. Aufgrund der Neuberechnung der Frontlängen der zu veranlagenden Grundstücke werde es bei der nächsten Neukalkulation der Straßenreinigungsgebühren im Jahr 2019 zu einigen Veränderungen kommen.

Der Finanzausschuss empfiehlt einstimmig

- a) die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungssatzung).
- b) die 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungsverordnung)
- c) die Neufassung der Gebührensatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung)

TOP 5 Zuschuss für La Strada 2018; hier Kostenentwicklung

VorlNr.
0272/2016-2021

BGM Weber erklärt, die Eingaben-/Ausgabenaufstellungen des Projektes „La Strada“ seien inzwischen vollständig transparent. Es liege eine saubere Kostenaufstellung für die Jahre 2009 -2018 vor. Diese sowie eine Aufstellung der Anträge für „La Strada“ von 2013 – 2018 und eine Kalkulation für das Projekt „La Strada 2018“ werden hiermit dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ebenso habe der Kulturausschuss des Landkreises die Unterlagen erhalten. Er hoffe, dass der LK die Bevorschussung des Projektes nunmehr wie beantragt vornimmt.

RH Dr. Rinck moniert ungenaue Berichterstattung zur „La Strada“-Finanzierung in der Presse. Hinsichtlich der veranschlagten Mehrkosten seien besonders die Positionen „Feuerwerk“, „Orga-Kosten“ und „Getränke für Verkauf“ zu bemerkenswert. Seine Fraktion unterstütze aber dennoch den Vorschlag der Verwaltung.

RF Matusall erklärt, sie habe wegen der fraglichen Positionen bei der KIR nachgefragt: Die Position „Orga“ habe sich durch die Künstlersozialabgaben erhöht, die vorher lediglich an anderer Stelle der Gesamtkalkulation ausgewiesen wurden. Bei der Position „Getränke“ handele es sich um einen Fehler: In 2017 sei der Betrag zu niedrig angegeben worden, da eine Unterposition nicht mit aufgeführt wurde. Die Kostensteigerung in 2018 ggü. 2017 falle also weniger hoch aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gib, erklärt Vors. Bargfrede die Kenntnisnahme des Vorganges durch den Finanzausschuss.

TOP 6 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung

VorlNr.
0239/2016-2021/1

BGM Weber erläutert die derzeit gültige Hundesteuersatzung. Danach stellt er den seitens der Verwaltung erarbeiteten Änderungsvorschlag vor: Neben Hunden zur Bewachung von Gebäuden, die bereits steuerbefreit sind, sollen künftig auch Sanitäts- und Rettungshunde von der Steuer befreit werden. Für Jagdhunde dagegen soll auch künftig der ermäßigte Steuersatz von 20 €/Jahr beibehalten werden.

RH Klee erläutert die Bedeutung des Begriffs „Jagdgebrauchshund“: Es gehe um die Hunde, die bei der Unteren Jagdbehörde (LK) gemeldet werden müssen, um eine Jagd pachten zu

können. Das seien für die Gebietskörperschaft Rotenburg 13 Hunde, da es eben auch 13 Jagdreviere gebe. Diese Hunde seien besonders ausgebildet, auch bei der Polizei gemeldet und kommen z.B. immer dann zum Einsatz, wenn verunfalltes Wild gemeldet wird und gesucht werden muss. Insofern müssen diese Hunde 24 Stunden täglich zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der „Herdengebrauchshunde“ führt RH Klee wie folgt aus:

Herdenbesitzern wird vorgeschlagen, ihre Herden durch höhere Zäune oder Schutzhunde vor vermehrtem Raubtierbestand zu schützen. Um den Herdenbesitzern entgegen zu kommen, möchten die Fraktionen von CDU und Freien Wählern auch diese Hunde künftig von der Hundesteuer befreien.

RH Klee möchte den Antrag zur Änderung der Hundesteuersatzung wie folgt ändern und bittet den Ausschuss um Annahme der Änderung:

1. Gebrauchshunde von Forstbeamten und im Privatforstdienst angestellten Personen, Jagdpächtern, bestätigten Jagdaufsehern und Feldschutzkräften bei höchstens einem Hund pro Jagdrevier, und zwar jeweils der bei der Unteren Jagdbehörde des Landkreises gemeldete Hund. Eine entsprechende Bescheinigung des Landkreises ist vom Hundehalter bei der Beantragung der Steuerbefreiung vorzulegen.
2. Herdengebrauchs-, Schutz- und Hütehunde in einer erforderlichen Zahl (bei Antragsabgabe muss die Herdengröße angegeben werden). Vorausgesetzt wird eine eingetragene gewerbliche oder teilgewerbliche Landwirtschaft und eine Herdengröße ab 10. Kopf.
3. Sanitäts- oder Rettungshunde, die von anerkannten Sanitäts- und Zivilschutzeinheiten gehalten werden.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion erfolgt die Abstimmung mit folgendem Ergebnis:

Beschluss:

Zu 1. Jagdgebrauchshunde mit der eingebrachten Antragsänderung: Der Finanzausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen die Steuerbefreiung.

Beschluss:

Zu 2. und 3. Herdengebrauchs-, Schutz- und Hütehunde mit der eingebrachten Antragsänderung und Sanitäts- und Rettungshunde : Der Finanzausschuss empfiehlt einstimmig die Steuerbefreiung.

TOP 7 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 und Stellenplan 2018

VorlNr.
0268/2016-2021

BGM Weber eröffnet die Diskussion zu TOP 7 mit einer Stellungnahme zu den erst spät eingereichten Änderungsanträgen, die in den Fraktionen noch nicht besprochen werden konnten. Hinsichtlich der Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, hoffe er auf eine Reduzierung der Kreisumlage um mindestens 1 % - dies entspreche einer zusätzlichen Einnahme von 220.000 € - damit die Notmaßnahme einer 20 %-igen Mittelkürzung für Haushaltstellen zurückgenommen werden könne. Hinsichtlich der eingereichten Änderungsanträge erklärt BGM Weber, der vorgelegte Haushalt sei ausgeglichen und die notwendigen Investitionen könnten ohne eine nennenswerte Neuverschuldung durchgeführt werden. Ein Vorziehen einiger Investitionsmaßnahmen würde die gesamte Haushaltsplanung durcheinanderbringen.

RH Dr. Rinck verweist auf die am 05.12.2017 anstehende Finanzausschusssitzung des LK, nach der vielleicht schon abzusehen sei, mit wieviel Mehreinnahmen die Stadt Rotenburg für 2018 rechnen kann.

RH Jürgensen sieht sich angesichts der späten Einreichung der Änderungsanträge nicht in der Lage, über die Punkte 7.2 bis 7.4. zu diskutieren und abzustimmen.

RH Westermann schlägt vor, die Änderungsanträge in einer 2. FA-Sitzung am 11.12.2017 zu diskutieren, um vorab allen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, über die Anträge zu beraten.

Der Ausschuss beschließt, die laufende Sitzung spätestens um 17.00 Uhr zu beenden und am Montag, 11.12.2017, 15.00 Uhr, fortzusetzen.

TOP 7.1 Herstellung eines Kunstrasenplatzes

VorlNr.
0242/2016-2021

RH Jürgensen übernimmt um 15.53 Uhr den Vorsitz.

BGM Weber verweist auf den Beschluss des Sportausschusses, wonach vor dem Hintergrund der Bedarfsabfrage die Haushaltsmittel für die Einrichtung eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage „In der Ahe“ aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen wurde. Stattdessen wurden Mittel für die Anschaffung einer Flutlichtanlage eingestellt. Mit den insgesamt 100.000 € sollen sowohl die Flutlichtanlage als auch eine Zeit- und Spielstandsanzeige sowie eine verbesserte Beschallungsanlage finanziert werden.

RH Bargfrede weist darauf hin, dass sich im Rahmen der Sportausschusssitzung die Vereinsvorsitzenden des Rotenburger Sportvereins und des Jugendfördervereins RH für die Errichtung eines Allwetterplatzes ausgesprochen hätten. Die vorhandenen Naturrasenplätze seien bei anhaltend schlechter Wetterlage sowie während der kälteren und dunkleren Jahreszeit häufig nicht bespielbar. RH Bargfrede verweist auf die in den umliegenden Kommunen bereits vorhandenen Kunstrasenplätze und schlägt vor, das Jahr 2018 für die Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen zu nutzen sowie zur Informationsbeschaffung, welche Vorteile Kunstrasenplätze bieten.

Die CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme der vorgesehenen Haushaltsmittel von 500.000 € für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes in die mittelfristige Planung 2019.

Hinsichtlich der Flutlichtanlage bestätigt RH Bargfrede die Planung einer Anlage, die, wie von BGM Weber ausgeführt, mit den eingestellten Mitteln von insgesamt 100.00 € finanziert werden soll.

Nach ausführlicher Diskussion darüber, ob eine Einstellung der Mittel in die mittelfristige Haushaltsplanung erfolgen soll oder nicht, stellt RH Schenckenberg den Antrag, die weitere Beratung über den Kunstrasen-/Allwetterplatz am 11.12.2017 fortzusetzen und den Beschluss entsprechend zu verschieben.

Der Finanzausschuss beschließt einstimmig, den Beschluss über die Einstellung der Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kunstrasen- bzw. Allwetterplatzes auf die nächste Sitzung am 11.12.2017 zu verschieben.

TOP 7.2 Einstellung von 15.000,00 € Planungskosten für das Jahr 2018 für die Beauftragung eines externen Planers zur Ermittlung der Machbarkeit eines Parkhauses/einer Parkpalette im Bereich des Bahnhofs; Antrag der FDP vom 28.11.2017

VorlNr.
0278/2016-2021

RH Bargfrede übernimmt um 16.11 Uhr den Vorsitz.

AL Bumann erläutert den von der Verwaltung vorläufig ausgearbeiteten Plan zur Erweiterung der Parkmöglichkeiten am Rotenburger Bahnhof. Nach dem Beitritt Rotenburgs zum HVV werde ein erhöhter Parkplatzbedarf vermutet. Für die Errichtung eines Parkdecks müsse man mit Kosten von ca. 8.000 € pro Stellplatz rechnen. Diese Kosten müsste man durch Parkgebühren wieder hereinholen. Da die Rotenburger kostenfreie Parkmöglichkeiten am Bahnhof gewohnt seien, werde es wohl schwierig, eine hohe Auslastung eines gebührenpflichtigen Parkhauses zu erreichen. Ziel müsse es viel mehr sein, möglichst viele Stellplätze möglichst kostengünstig und nahe am Bahnhof zu schaffen. Durch den Bau einer Einbahnstraße mit Stellmöglichkeiten zu beiden Seiten parallel zur jetzt vorhandenen Straße am Bahnhof könne man bis zu 53 neue Stellplätze schaffen. Zurzeit werde geprüft, was diese Baumaßnahme für den vorhandenen Baumbestand bedeuten würde, das Ergebnis werde Anfang 2018 im Bauausschuss vorgestellt. Natürlich müssten einige der vorhandenen Bäume weichen, es blieben aber noch genügend Bäume übrig, um weiterhin einen ausreichenden Abstand der angrenzenden Privatgrundstücke zum Bahnhofsbereich zu gewährleisten. Insofern hoffe man auf eine Einigung mit den betroffenen Anwohnern, da man so auf kostengünstige Art 53 neue Stellplätze schaffen könne. Auch mit dem LK müsse diese Maßnahme zu gegebener Zeit noch abgestimmt werden. Zusätzlich werde geprüft, wie viele weitere Stellplätze auf der anderen Seite der zum Bahnhof parallel verlaufenden Straße geschaffen werden können. Auch dieses Ergebnis werde man Anfang 2018 im Bauausschuss vorstellen. Wenn dann die Gesamtzahl der vorhandenen und neu zu schaffenden Stellplätze vorliegt, könne man darüber beraten, ob die Planungskosten von 15.000 € benötigt werden.

Auf die Nachfrage von RH Dr. Rinck, ob die Baumaßnahmen noch in 2018 erfolgen könnten, antwortet AL Bumann, sofern die benötigten Mittel zur Verfügung stünden, sei zumindest eine provisorische Maßnahme noch in 2018 möglich.

Herr Schenckenberg möchte mit der FDP-Fraktion noch einmal über dieses Thema sprechen und schlägt vor, die weitere Beratung auf den 11.12.2017 zu verschieben.

BGM Weber erklärt, dass Anfang 2018 zwei weitere Fahrradboxen angeschafft werden, so dass dann weitere 30-40 gesicherte Abstellmöglichkeiten zur Verfügung stehen. RF Matusall merkt an, dass dennoch die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder völlig überlastet und insofern weiterer zusätzlicher Bedarf vorhanden sei.

TOP 7.3 Verzicht auf Kürzung um 20 % im Unterhalt der Schulen und Bildung eines positiven Ergebnishaushaltes von min. 200.000 €; Antrag der WIR-FDP-Arbeitsgruppe vom 29.11.2017 VorlNr. 0280/2016-2021

Diskussion und Beschluss dieses Themas werden auf den 11.12.2017 verschoben.

TOP 7.4 Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 1018 mit 12 Änderungspunkten; Antrag der CDU-FW vom 04.12.2017 VorlNr. 0281/2016-2021

RH Dr. Rinck erläutert den Antrag der CDU, den Endausbau der Straßen in den Neubaugebieten „Brockeler Straße“, „Stockforthsweg“ und „Auf dem Hanfberg“ auf das Jahr 2019 vorzuziehen. Es seien bereits 80-90 % der Neubaugebiete bebaut, so dass der für den Straßenendausbau nötige Bautenstand erreicht sei. Den Anwohnern könne eine Wartezeit bis zum Jahr 2020 oder länger nicht zugemutet werden.

BGM erwidert darauf, dass in den Neubaugebieten der erforderliche Bautenstand noch nicht erreicht sei. Die Anwohner hätten aber darum gebeten, den Straßenzustand durch Ausbringung eines Mineralgemisches zunächst provisorisch zu verbessern. Dieses wurde auch bereits mit der verantwortlichen Baufirma besprochen. Im Jahr 2019 soll dann in Absprache mit den Anwohnern eine Planung zum Endausbau der Straßen stattfinden.

RH Dr. Rinck antwortet, sein Eindruck sei gewesen, dass die Anwohner nicht bereit seien, noch bis zum Jahr 2020 auf den Straßenendausbau zu warten.

BGM Weber weist darauf hin, dass bereits seit vielen Jahren ein Straßenendausbau generell nach ca. 5 Jahren vorgenommen werde bzw. wenn 80-90 % der anliegenden Grundstücke bebaut sind. Es sei auch vorteilhaft, den Ausbau mit möglichst vielen Anliegern abzustimmen. Wenn dies so seitens der Politik nicht gewollt sei, müsse man jetzt nach erfolgter Antragstellung über einen möglichen vorgezogenen Endausbau beraten und abstimmen.

RH Klee möchte vom stellv. AL Knabe wissen, wie lange es ab einem erreichten Bautenstand von 90 % dauert, bis der Endausbau tatsächlich erfolgen kann.

Stellv. AL Knabe antwortet, zunächst werde ein Entwurf ausgearbeitet. Dieser werde der Anliegerversammlung vorgelegt. Für die Einarbeitung der dort gewünschten Änderungen in den Entwurf bräuchte man mindestens drei Wochen. Danach erfolge die Ausschreibung. D.h. es müsste möglich sein, ein Jahr nach Feststellung des erforderlichen Bautenstandes die Ausbaumaßnahmen durchzuführen.

Die weitere Diskussion über die Änderungsanträge wird auf den 11.12.2017 verschoben.

TOP 8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder	VorlNr.
--------------	---	---------

1. Nachreichung von Kostenaufstellungen
In der Klausurtagung der CDU wurde um die Vorlage einiger Kostenaufstellungen gebeten. Diese wurden von der Verwaltung vorgelegt. Die Besprechung wird auf den 11.12.2017 verschoben.
2. Zuschuss für den Verein Villa Rotenburg e.V.
BGM Weber erläutert, dass der Verein Villa Rotenburg, in dem junge Menschen gemeinsam Musik machen und Konzerte veranstalten, neue Räumlichkeiten sucht. Der Verein könnte eventuell in den Räumen der ehemaligen Musikschule Dransfeld unterkommen, zusammen mit dem Stadtkino, das dort dann auch endlich einen festen Raum mit fester Bestuhlung hätte. Die räumlichen Voraussetzungen werden zurzeit vom LK geprüft. Es ist möglich, dass die Stadt Rotenburg ab Sommer 2018 um einen Zuschuss gebeten wird. Der FA wird um Kenntnisnahme gebeten.
3. Es gibt keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung.
4. RH Westermann moniert das Diskussionsverhalten in den Ausschüssen und seitens BGM Weber. Der seitens der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf diene als Diskussionsgrundlage und es sei das Recht der Ausschussmitglieder, Einwände und Verbesserungsvorschläge einzubringen. RH Westermann habe aber den Eindruck, BGM Weber fühle sich durch diese Vorschläge persönlich angegriffen. Es sei aber nicht die Aufgabe der Ausschussmitglieder, zu allem „ja und amen“ zu sagen, sondern die Entscheidungsfindung mitzugestalten. Es müsse möglich sein, eigene Ideen einzubringen, darüber zu diskutieren und sich dann eine Meinung zu bilden. Ein Einwand sei nicht automatisch gleichbedeutend mit einer Ablehnung oder einer gewollten Konfrontation. BGM Weber antwortet, selbstverständlich dürfe jedes Ausschussmitglied seine Meinung und Ideen einbringen. Aber wenn die Verwaltung oder deren Arbeit in der Öffentlichkeit despektierlich dargestellt werde, müsse er darauf reagieren. Dies diene aber nur der Richtigstellung und sei kein Angriff auf das Ausschussmitglied.
RH Klee bittet darum, auch den Borcheler Antrag hinsichtlich des DGH am 11.12.2017 zu diskutieren.
Vors. Bargfrede beendet um 16.51 Uhr die Sitzung und bedankt sich für deren sehr harmonischen Verlauf.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.